



Register 15

**Höchstspannungsleitung
Osterath – Philippsburg; Gleichstrom
Vorhaben gemäß Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1
BBPIG („Ultranet“)
Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik
(HGÜ)**

**Hier:
Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststel-
lungsverfahren für den Abschnitt
Osterath – Rommerskirchen**

Belang: Abfall (Aushub- und Abbruchmaterial)

Inhaltsverzeichnis

1	Aufgabenstellung	3
2	Oberboden am Maststandort.....	5
2.1	<i>Vorgehensweise Oberbodenuntersuchung am Maststandort.....</i>	<i>5</i>
2.2	<i>Entsorgung Oberboden am Maststandort.....</i>	<i>5</i>
3	Mastgestänge und Beseilung	6
3.1	<i>Vorgehensweise Demontage Mastgestänge und Beseilung</i>	<i>6</i>
3.2	<i>Entsorgung Mastgestänge und Beseilung</i>	<i>6</i>
4	Fundament.....	7
4.1	<i>Vorgehensweise Demontage Fundament und Fundamentverstärkung</i>	<i>7</i>
4.2	<i>Entsorgung Fundament.....</i>	<i>7</i>
5	Altablagerungen	8
5.1	<i>Ausgangssituation</i>	<i>8</i>
5.2	<i>Entsorgung Altablagerungen</i>	<i>8</i>
6	Verzeichnis über Gesetze / Verordnungen zum Erläuterungstext	9

1 Aufgabenstellung

Gemäß Untersuchungsrahmen der Bundesnetzagentur für die Planfeststellung vom 31.03.2022 sind voraussichtlich anfallende Abfälle (Aushub- und Abbruchmaterial) und der vorgesehene Umgang (Beprobung, Verwertung, Entsorgung) in den vorzulegenden Unterlagen nach § 21 NABEG als Angaben zu sonstigen öffentlichen und privaten Belangen betreffend das Vorhaben anzugeben. Darüber hinaus sind eventuelle Altablagerungen darzustellen und mögliche Auswirkungen des Vorhabens darauf zu ermitteln und zu bewerten.

Notwendige Folgemaßnahmen an anderen Anlagen i. S. v. § 75 Abs. 1 Satz 1 VwVfG sind mit der Umsetzung des Vorhabens im gegenständlichen Abschnitt „Osterath- Rommerskirchen“ nicht verbunden.

Die rechtlichen Grundlagen zum Umgang mit Abfällen finden sich im Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). § 7 KrWG beschreibt dabei die Grundpflichten im Zusammenhang mit Abfällen. Danach soll der Anfall von Abfall soweit möglich vermieden werden. Bei nicht vermeidbaren Abfällen hat sodann die Abfallverwertung grundsätzlich Vorrang vor der Abfallbeseitigung, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Anderes gilt, wenn die Beseitigung des Abfalls den Schutz von Mensch und Umwelt am besten gewährleistet. Abfälle, die nach den o.g. Maßstäben nicht zu verwerten sind, müssen gemäß § 15 KrWG vom Erzeuger oder Besitzer beseitigt werden. Die Entsorgung hat so zu erfolgen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird.

In Bezug auf die auf den Boden einwirkenden Arbeiten ist des Weiteren § 4 des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) zu beachten. Zunächst sind hiernach schädliche Bodenveränderung zu vermeiden, sowie bei drohenden schädlichen Bodenveränderungen Maßnahmen zur Abwehr zu ergreifen. Sollten schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten vorliegen, so bestehen entsprechende Sanierungspflichten sowie ggf. die Pflicht Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen.

Im Rahmen des Vorhabens werden bestehende Maste, ihre Fundamente und Beseilung abgebaut sowie im Falle von Fundamentverstärkungen diese zuvor teilweise abgestemmt (vgl. Register 1 - Erläuterungsbericht, Kapitel 5.4.6 und Kap. 5.4.3). Von folgenden Abfällen und deren Entsorgungsweg ist auszugehen:

Abfall	Abfallschlüssel	Entsorgungsweg
Bodenaushub	17 05 04	Verwertung
Betonabbruch	17 01 01	Verwertung
Maststahl	20 01 40	Verwertung
Isolatoren		Verwertung
Stahlseile	20 01 40	Verwertung
Erdseilluftkabel (ESLK)	20 01 40	Verwertung

Abfallschlüssel nach:

Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung – AVV – Stand 2020)

Die örtliche Lage der rückzubauenden Maste und der Maste, an denen eine Fundamentverstärkung erfolgt, kann dem Register 2 (Übersichtspläne im Maßstab 1:25.000) und dem Register 6 (Lagepläne im Maßstab 1:2.000/ 1:1.000/ 1:500) entnommen werden. Im Register 3.1 (Mastskizzen) und Register 3.2 (Fundamentskizzen) sind die Prinzipzeichnungen für den Mast- und Fundamentrückbau sowie für die Fundamentverstärkungen zusammengestellt. Im

Amprion GmbH

Höchstspannungsleitung Osterath – Philippsburg; Gleichstrom

Unterlagen gemäß § 21 NABEG für das Planfeststellungsverfahren

für den Abschnitt Osterath - Rommerskirchen

Belang: Abfall (Aushub- und Abbruchmaterial)

Register 15 Seite 4 von 9

Register 4 (Masttabellen mit Masthöhen), Register 5 (Fundamenttabellen) und Register 17 (UVP-Bericht, Anhang B, Tabellen der Demontagemasten) können ergänzende Informationen betreffend die zurückzubauenden Maste/ Fundamente sowie Fundamentverstärkungen entnommen werden.

2 Oberboden am Maststandort

2.1 Vorgehensweise Oberbodenuntersuchung am Maststandort

Bei Freileitungsmasten mit einem Baujahr vor 1972 sind schädliche Bodenveränderungen nach BBodSchG, verursacht durch Altbeschichtung der Mastgestänge aufgrund bleihaltiger Beschichtungsstoffe, nicht auszuschließen. In den o.g. Jahren wurden in Deutschland Stahlkonstruktionen in der Regel mit einer Grundierung durch Bleimennige und einem ebenfalls bleihaltigen Anstrich vor Korrosion geschützt - darunter auch die Höchstspannungsmasten von Freileitungen. Da die Beschichtungen der Masten wechselnden Witterungsverhältnissen ausgesetzt waren und in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach neue Beschichtungen aufgetragen wurden, kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Schwermetalleintrag in das Umfeld der Maste bedingt durch Korrosionsschutzarbeiten, Verwitterung und Abwaschungsprozesse durch Regenwasser stattgefunden hat.

Betreffend die 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Osterath, Bl. 4588, werden die Masten Nr. 239 und 241 rückgebaut.

Die vorgenannten Masten wurden im Jahr 1973 errichtet (vgl. Register 17 (UVP-Bericht, Anhang B, Masttabellen)). Schädliche Bodenveränderungen verursacht durch Altbeschichtung der Mastgestänge aufgrund bleihaltiger Beschichtungsstoffe können somit ausgeschlossen werden.

Betreffend die 110-/220-/380-kV-Höchstspannungsfreileitung Rommerskirchen - Osterath, Bl. 4570, wird das Fundament von Mast Nr. 1052 verstärkt.

Der vorgenannte Mast wird seit 2023 errichtet. Schädliche Bodenveränderungen verursacht durch Altbeschichtung der Mastgestänge aufgrund bleihaltiger Beschichtungsstoffe können somit ausgeschlossen werden.

Betreffend die 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Osterath - Gohrpunkt, Bl. 4206 wird das Fundament von Mast Nr. 29 verstärkt.

Der vorgenannte Mast wurde im Jahr 2023 errichtet. Schädliche Bodenveränderungen verursacht durch Altbeschichtung der Mastgestänge aufgrund bleihaltiger Beschichtungsstoffe können somit ausgeschlossen werden.

Betreffend die 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt - Rommerskirchen, Bl. 4207 werden die Fundamente der Masten Nr. 6, 7, 10, 13, 17, 21 und 23 verstärkt.

Die vorgenannten Masten wurden im Jahr 2019 errichtet. Schädliche Bodenveränderungen verursacht durch Altbeschichtung der Mastgestänge aufgrund bleihaltiger Beschichtungsstoffe können somit ausgeschlossen werden.

2.2 Entsorgung Oberboden am Maststandort

Eine Entsorgung von Oberbodenmaterial ist folglich nicht erforderlich. Dieses wird entsprechend wieder eingebracht, Restboden wird abtransportiert (vgl. Register 1 – Erläuterungsbericht, Kapitel 5.4).

3 Mastgestänge und Beseilung

3.1 Vorgehensweise Demontage Mastgestänge und Beseilung

Die Mastgestänge der Masten Nr. 239 und Nr. 241, Bl. 4588, werden vom Fundament getrennt und vor Ort in kleinere, transportierbare Teile zerlegt und mittels LKW abgefahren. Um im Rahmen der Demontagearbeiten Bodeneinträge zu vermeiden, werden Flächen, auf denen demontierte Konstruktionsteile zwischengelagert werden, mit Planen oder Vliesmaterial abgedeckt. Die Abdeckungen werden so bemessen, dass eine Mehrlänge von mindestens 2,5 m in Bezug auf das demontierte Konstruktionsteil nach allen Richtungen gewährleistet wird. Auch werden die Abdeckungen gegen eine Verschiebung durch Wind befestigt. Sollte trotz der beschriebenen Maßnahmen Beschichtungsmaterial auf bzw. in das Erdreich gelangen, wird das Beschichtungsmaterial umgehend händisch aufgelesen. Direkt nach Abschluss der Arbeiten, jedoch spätestens nach dem täglichen Arbeitsende werden die Beschichtungsbestandteile von den Abdeckplanen entfernt und eingesammelt. Die entfernten Partikel werden in verschließbaren Behältern einer ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt.

Die Demontage der aufliegenden Beseilung erfolgt in umgekehrter Reihenfolge zur Seilauflage (vgl. Register 1 – Erläuterungsbericht, Kapitel 5.3.5).

3.2 Entsorgung Mastgestänge und Beseilung

Das demontierte Material wird ordnungsgemäß durch zertifizierte Entsorgungsunternehmen entsorgt und somit möglichst (z.B. Leiterseile) einer Weiterverwertung (Recycling) zugeführt. Vertraglich wird die Entsorgung auf die entsprechenden Auftragnehmer übertragen, die sich verpflichten, die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle nachzuweisen.

4 Fundament

4.1 Vorgehensweise Demontage Fundament und Fundamentverstärkung

Betreffend die 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Osterath, Bl. 4588, werden die Masten Nr. 239 und 241 rückgebaut.

Die Stufenfundamente der beiden rückzubauenden Masten werden bis zu einer Tiefe von 1,2 m unter EOK maschinell mittels Hydraulikbagger mit Meißel entfernt (vgl. Register 1 – Erläuterungsbericht, Kapitel 5.4.6).

Betreffend die Fundamentverstärkungen kann festgehalten werden:

Die Rundköpfe der Fundamente werden bis zu einer Tiefe von 1,5 m unter EOK maschinell mittels Hydraulikbagger mit Meißel abgestemmt und anschließend zwei bis vier bis zu 10 m tiefe Bohrungen (Durchmesser ca. 5-7 cm) durch die Bodenplatte ins Erdreich gebohrt (vgl. Register 1 – Erläuterungsbericht, Kapitel 5.4.3).

4.2 Entsorgung Fundament

Betreffend die 380-kV-Höchstspannungsfreileitung Gohrpunkt – Osterath, Bl. 4588, werden die Masten Nr. 239 und 241 rückgebaut.

Die demontierten Betonfundamente werden fachgerecht durch zertifizierte Entsorgungsunternehmen entsorgt. Vertraglich wird die Entsorgung auf die entsprechenden Auftragnehmer übertragen, die sich verpflichten, die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle nachzuweisen.

Betreffend die Fundamentverstärkungen kann festgehalten werden:

Die abgestemmt Teile der Betonfundamente werden fachgerecht durch zertifizierte Entsorgungsunternehmen entsorgt. Vertraglich wird die Entsorgung auf die entsprechenden Auftragnehmer übertragen, die sich verpflichten, die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle nachzuweisen.

5 Altablagerungen

5.1 Ausgangssituation

Im Bereich von Arbeitsflächen, folglich auch im Bereich von Baugruben, der Rückbau-/Neubaumasten oder Masten mit Fundamentverstärkung befinden sich keine bekannten Altlasten.

Ein Vorkommen von Altlasten im Bereich der Baugruben kann trotz dessen nicht sicher ausgeschlossen werden. Südlich von Rückbaumast Nr. 239 und Neubaumast Nr. 1239 der Bl. 4588 grenzt unmittelbar an die Arbeitsfläche eine als Altstandort ausgewiesene Fläche an (siehe Register 17 - Karte 5.2.1, Blatt 3 in Anhang A).

Für die Arbeitsfläche der Masten Nr. 239 und Nr. 1239 gibt die Bodenbelastungskarte des Rhein-Kreis Neuss zudem an, dass mindestens ein Vorsorgewert nach BBodSchG überschritten wird.

An den Standorten der zu erhöhenden Masten mit Fundamentverstärkung Nr. 1052 der Bl. 4570 und Nr. 29 der Bl. 4206 befinden sich die Arbeitsflächen ebenfalls in einem Bereich, für den mindestens ein Vorsorgewert nach BBodSchG überschritten wird.

5.2 Entsorgung Altablagerungen

Eingriffe in den Boden (Gründungs- und Rückbaumaßnahmen) werden auf vorgenannten Flächen gutachterlich begleitet (vgl. Register 17, Kapitel 5.4.6.2 - Bodenkundliche Baubegleitung gemäß V11,). Bei Erdaushub wird auf bodenfremde Beimengungen, Geruch oder Verfärbungen des Bodenmaterials geachtet. Augenscheinlich belastetes Bodenmaterial wird unter gutachterlicher Aufsicht separieren und ordnungsgemäß durch zertifizierte Entsorgungsunternehmen entsorgt. Vertraglich wird die Entsorgung auf die entsprechenden Auftragnehmer übertragen, die sich verpflichten, die ordnungsgemäße Entsorgung der Abfälle nachzuweisen.

6 Verzeichnis über Gesetze / Verordnungen zum Erläuterungstext

1. Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465) geändert worden ist.
2. Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen, Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 9 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist.
3. Abfallverzeichnis-Verordnung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist